

(Minister Prof. Dr. Hoff)

strömungen, eine liberale Grundströmung, eine konservative, auch eine ökologische, eine sozialistische oder linke – eben auch in unterschiedlichen Zeitungsprofilen ausdrückte. „Frankfurter Rundschau“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, taz oder auch „DIE ZEIT“ stehen sinnbildlich für die Abbildung entsprechender Grundströmungen im Tageszeitungs- oder auch im Wochenzeitungsbereich.

Wenn Zeitungen in einer Region, wie hier die „Thüringer Allgemeine“ und die „Ostthüringer Zeitung“, gemeinsame Mantelredaktionen haben, dann wird die Berichterstattung über landespolitische Ereignisse, über bundespolitische Ereignisse im Prinzip immer austauschbarer. Das besondere Profil, auch die Abbildung unterschiedlicher Einordnungen und Erklärungen bestimmter Vorgänge – die Debatte um den Mindestlohn hat auch deutlich gemacht, dass auf einen Sachverhalt sehr unterschiedliche Sichtweisen kommen können – wird dann vernachlässigt und auf diese Weise geht dann auch Preservielfalt verloren.

Ob die Stärkung der Lokalredaktionen das aufwiegen kann, könnte man diskutieren, wage ich aber zu bezweifeln, denn ich denke, man müsste das eine tun, ohne das andere zu lassen. Das heißt also, die Lokalredaktion stärken, die lokale Berichterstattung dort, wo die Menschen vor Ort ihre konkreten Erfahrungen machen – das muss stark gemacht werden. Auf der anderen Seite müssen wir im Sinne des ersten Teils meiner Antwort auch versuchen, bundes- und europapolitische oder auch landespolitische Ereignisse einzuordnen, zu erläutern, darzustellen, um dabei auch unterschiedliche Schwerpunkte setzen zu können.

Ich habe in meiner Rede gestern in der Aktuellen Stunde deutlich gemacht, dass der Abbau von Journalistinnen und Journalisten im Bereich der Thüringer Tageszeitungen auch dazu führt, dass die Fähigkeit verlorengeht, investigativ zu recherchieren, Sachverhalte aufzuklären, auf Probleme hinzuweisen.

Ihre Frage 3 – von welchen weiteren Auswirkungen auf den Medienstandort ist angesichts der angekündigten Maßnahmen auszugehen: Zum jetzigen Zeitpunkt kann diese Frage nicht beantwortet werden, da wir erst abwarten müssen, ob und inwieweit die genannten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Insgesamt, denke ich, ist Ihre Frage aber auch die Aktuelle Stunde von gestern, in der sich ein großer Teil der Fraktionen einig war, dass dies für den Thüringer Medienstandort eine sehr problematische Entwicklung wäre, durchaus auch ein Signal in den öffentlichen Raum, von dem ich hoffe, dass es auch in Essen bei der FUNKE Mediengruppe als Signal angekommen ist. Vielen Dank.

Vizepräsident Höhn:

Gibt es Nachfragen? Das kann ich nicht erkennen. Vielen Dank, Herr Professor. Dann kommen wir zur nächsten Anfrage, Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Henfling, Bündnis 90/Die Grünen. Ihre Frage hat die Drucksachenummer 6/1868.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, vielen Dank.

Anti-Antifa Ostthüringen

Seit Anfang des laufenden Jahres tritt eine sogenannte Anti-Antifa Ostthüringen auf der Social-Media-Plattform Facebook in Erscheinung. Auf der Seite werden unter anderem Mitglieder des Thüringer Landtags sowie weitere politisch aktive Personen verunglimpft. Bereits Ende der 90er-Jahre agierte von Gera aus die sogenannte Kameradschaft Gera unter ähnlichen Umständen. Diese „Kameradschaft“ war eng mit dem sogenannten Thüringer Heimatschutz verbunden, aus dessen Umfeld wiederum der sogenannte NSU und dessen Unterstützerszene hervorgingen.

Hinter dem Auftauchen der Seite könnten sich nach Auffassung der Fragestellerin sowohl strukturelle als auch personelle Kontinuitäten in Ostthüringen verbergen und es könnte ferner ein enger Zusammenhang zur Partei „Die Rechte“ bestehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung aktuell zur sogenannten Anti-Antifa Ostthüringen vor?
2. Sind der Landesregierung personelle und/oder organisatorische Verbindungen zur Partei „Die Rechte“ oder anderen Parteien bekannt, wenn ja, welcher Art sind diese Verbindungen?
3. Bestehen Verbindungen zu Personen aus dem Umfeld des ehemaligen sogenannten Thüringer Heimatschutzes bzw. dem sogenannten NSU bzw. dessen Unterstützerszene?
4. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung diesbezüglich?

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Götze.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Henfling beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

(Staatssekretär Götze)

Die Antwort zu Frage 1: Der Landesregierung liegen Erkenntnisse vor, die die Vermutung zulassen, dass die Partei „Die Rechte“ hinter der mutmaßlichen Gruppierung „Anti-Antifa Ostthüringen“ steht.

Die Antwort zu Frage 2: Es ist bekannt, dass aus Kreisen der Partei „Die Rechte“ in Thüringen möglicherweise Anti-Antifa-Aktivitäten vorbereitet wurden.

Die Antwort zu Frage 3: Hierzu liegen der Landesregierung bisher keine Erkenntnisse vor.

Die Antwort zu Frage 4: Das Amt für Verfassungsschutz führt derzeit weitere Aufklärungsmaßnahmen durch.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Höhn:

Gibt es Nachfragen? Das kann ich nicht erkennen. Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Fragesteller der nächsten Frage in Drucksache 6/1884 ist Herr Abgeordneter Kowalleck, CDU-Fraktion. Wo ist er? Macht das vielleicht ein Vertreter der Fraktion? Ansonsten würde ich die zunächst einmal aussetzen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ja, warte, ich lese sie vor!)

Die Frage wird vorgetragen vom Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Mohring.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Herr Präsident, Kollege Kowalleck fragt zur

Übernahme des kommunalen Hortpersonals durch das Land Thüringen

Das Erzieherteam einer Saalfelder Grundschule hat in einem Brief mitgeteilt, dass es aus der „Ostthüringer Zeitung“ erfahren hat, dass das Erprobungsmodell „Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule“ am 31.07.2016 enden soll. Die Horterzieher der Grundschule sind verunsichert, wie die personelle Absicherung der Horte ab dem 01.08.2016 gewährleistet werden soll. Für neun von vierzehn Horterziehern enden die befristeten Arbeitsverträge am 31.07.2016. Um das Schulkonzept „Offene Ganztagschule“ umsetzen zu können, bedarf es kompetenter Erzieher, die sowohl vormittags im Unterricht als auch am Nachmittag im Hort bis hin zur Zusammenarbeit mit der Kommune als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit wird jedem der kommunal angestellten Erzieher ein Beschäftigungsangebot unterbreitet?

2. Bis zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang (Vollzeitstelle, gleichbleibendes oder verkürztes Angebot) wird den Erziehern ein Beschäftigungsangebot unterbreitet?

3. Inwieweit werden die Anzahl der Erzieher und die zur Verfügung stehenden Stunden ausreichen, um den hohen Standard der pädagogischen Arbeit weiter gewährleisten zu können?

4. Wie wird das Land mit den Erziehern verfahren, die über keinen regulären Erzieherabschluss verfügen?

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Frau Staatssekretärin Ohler.

Ohler, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Mohring, die Anfrage des Abgeordneten Kowalleck beantworte ich wie folgt, und zwar die Fragen 1, 2 und 4 zusammen:

Die Rück- und Überführung der Horte einschließlich seines Personals wird mit einem Betriebsübergang nach § 613 a BGB erfolgen. Mit dem Betriebsübergang gehen alle Arbeitsverhältnisse mit den jeweiligen kompletten Stellenanteilen über, die zum Zeitpunkt des Betriebsübergangs bestanden haben. Alle weiteren Rechtsfolgen ergeben sich aus der Regelung des § 613 a BGB.

Zu Frage 3: Das Arbeitsvolumen der Erzieherinnen und Erzieher bleibt nach der Überführung der Horte unverändert erhalten. Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass die Überführung der Horte keinen Einfluss auf die Qualität der Hortbetreuung haben wird.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen Erzieherinnen und Erziehern und insbesondere dem Erzieherteam an der Saalfelder Grundschule für ihre hervorragende Arbeit zu danken.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Gibt es Nachfragen?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Frage 4?)

Ohler, Staatssekretärin:

Habe ich schon mit den Fragen 1 und 2 beantwortet. Ich kann aber noch mal schauen. Die werden mit übernommen, also alle werden mit übernommen, auch die im Hort Beschäftigten, die keinen regulären Erzieherabschluss haben.